Forschungsverbund FoSS Sozialrecht Sozialpolitik Hochschule Fulda Universität Kassel

Newsletter

Ausgabe 1/26 | Juli 2026

FoSS-Beteiligte unterwegs

Ein Bericht von Frederike Weß

Im Vorfeld der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz fand im Februar im Landesmuseum Mainz die Veranstaltung „Wahlprüfstein Sozialstaat: Damit Zusammenleben gelingt“ der Liga der freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz statt. Hier trafen sich insbesondere Fraktionsvorsitzende der Landesregierung sowie Referent*innen und Einrichtungsleitungen der Wohlfahrtsverbände zu Austausch und Diskussion. Frederike Weß (Vertreterin der wissenschaftlichen Mitarbeitenden der Hochschule Fulda im FoSS) begleitete die Veranstaltung mit einer Keynote zur Bedeutung des Wohlfahrtsstaats für liberale Demokratien.

Frederike Weß
Vertreterin der wissenschaftlichen Mitarbeitenden der HS Fulda im FoSS

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda sowie Wissenschaftliche Koordinatorin des Promotionszentrums Soziale Arbeit Hessen

Liberale Demokratien sind historisch eng mit dem Kapitalismus als Wirtschaftssystem verbunden, insoweit die Übertragung politischer Macht an Bürger*innen in großen Teilen Resultat der wachsenden wirtschaftlichen Macht dieser im Zuge der Industrialisierung war (vertiefend Claessens 1992). Zweifelsohne erzeugen Strukturen und Werte von Demokratie und Mechanismen und Logiken des Kapitalismus Synergien. Demokratie schafft über verlässliche Regelsysteme und Institutionen Stabilität, von der Wirtschaft profitiert, während die Marktwirtschaft Wohlstand erzeugt, der demokratische Ordnung legitimiert. Demokratie ist jedoch nicht nur Ansammlung von Verfahren wie Wahlen, Gewaltenteilung oder Rechtsstaatlichkeit. Vielmehr sind derartige Strukturen Instrumente der Umsetzung demokratieinhärenter Werte wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. An dieser Stelle entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie, denn während der Kapitalismus in seinen frühen Formen über vermeintlich fairen Wettbewerb und soziale Mobilität im Kontrast zur feudalen Gesellschaft egalisierend wirkte, gingen mit dessen Etablierung auch gänzlich neue Formen von Armut, Prekarität und Ungleichheit einher, die mit demokratischen Idealen unvereinbar sind.

Hier setzt der Wohlfahrtsstaat an, der mittels Absicherung typischer Lebensrisiken und Umverteilung begrenzend auf demokratisch problematische Ungleichheiten wirken soll. Das demokratische Potenzial des Wohlfahrtsstaats geht jedoch weit darüber hinaus. Wenn Bürger*innen sich dank kollektiver Absicherung auf solidarisch getragene Hilfeleistungen in verschiedenen biografischen Bedarfslagen verlassen können, stärkt dies nicht nur Vertrauen in den Staat, sondern auch in die Zivilgesellschaft. Neben dieser Belebung des demokratietheoretisch hochrelevanten Gemeinwohlbegriffs bietet der deutsche Wohlfahrtsstaat u.a. durch Grundprinzipien wie Selbstverwaltung, Korporatismus, Subsidiarität und Ehrenamt große Potenziale für demokratische Bildungsprozesse (vertiefend Weß 2025). Nicht zuletzt gestaltet sich Sozialpolitik über die Förderung von Gesundheit, Bildung und anderen Schlüsselressourcen als Investition in Humankapital.

Fortsetzung auf Seite 2

Kontakt FoSS-Koordination
Universität Kassel
christina.janssen@uni-kassel.de
Hochschule Fulda
nathalie.ruhlandt@gw.hs-fulda.de

UNIKASSEL VERSITÄT

HOCHSCHULE FULDA
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Forschungsverbund FoSS Sozialrecht Sozialpolitik Hochschule Fulda Universität Kassel

Newsletter

Ausgabe 1/26 | Juli 2026

Fortsetzung von Seite 1

FoSS-Beteiligte unterwegs

Ein Bericht von Frederike Weß

Als demokratietheoretisch bedenklich verwies Frederike Weß im Rahmen der Keynote auf verschiedene aktuelle Entwicklungen, die diese Potenziale untergraben. So ist der historisch gewachsene Wohlfahrtsstaat in Deutschland heute ein hyperkomplexes Konstrukt, das Bürger*innen oft intransparent und bürokratisch überladen erscheint und in dem Leistungen häufig schlecht ineinandergreifen. Die Interaktion mit Sozialbehörden als zentrale Momente des direkten Kontakts mit dem Staat sind dadurch seltener von Barrierefreiheit und dem Gefühl ernstgenommen zu werden, geprägt als von aufwendigen Verfahren, in denen Bürger*innen misstrauisch durchleuchtet werden. Des Weiteren verschieben anhaltende Bemühungen der Ökonomisierung des sozialen Sektors die Intension des Gemeinwohls hin zur Kostenreduktion nach betriebswirtschaftlichen Logiken. Getragen wird der damit einhergehende Leistungsabbau von neoliberalen Narrativen der Faulheit und des Egoismus, die strukturelle Probleme in die Schuldsphäre von Personengruppen wie Migrant*innen, Arbeitslosen oder „Krankmacher*innen“ verschieben. Entsprechende Zuschreibungen sind nicht nur empirisch widerlegt, sie schaden der Demokratie, weil sie Misstrauen stiften, Solidarität untergraben und zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt erschüttern.

Der Sozialstaat darf unter dieser Herleitung nicht als ein Luxusgut betrachtet werden, das in Zeiten knapper Kassen nach Belieben beschnitten werden kann.

Die Impulse der Keynote fanden guten Anklang bei den Teilnehmenden aus Politik und Praxis und wurden im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion mit den Fraktionsvorsitzenden umfangreich diskutiert.

Aktuelle Publikationen

Freuwört, Anke (2026*): Politische Artikulation von Zugewanderten*. Beiräte, Vereine und Biografien

Die politische Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten stehen im Zentrum der Debatten um deren Integration in Deutschland. Da ihre Beteiligung überwiegend an die Staatsangehörigkeit gekoppelt ist, kann der Teil der Bevölkerung ohne deutschen Pass oft nur eingeschränkt an demokratischen Entscheidungsprozessen teilnehmen – obwohl er unmittelbar betroffen ist. Anke Freuwört untersucht in ihrer Studie, wie Zugewanderte ihre politische Teilhabe ausüben und mehr demokratische Rechte einfordern. Sie wertet Sitzungen eines Ausländerbeirats, Interviews mit Vertreter:innen von Migrant:innenselbst-organisationen sowie biografische Gespräche mit (politisch) Geflüchteten aus, um unterschiedliche Formen politischer Artikulation sichtbar zu machen. Dabei zeigt sich: Zugewanderte nehmen gesellschaftliche Problemlagen differenziert wahr und nutzen vielfältige – formelle wie informelle – Wege der Beteiligung, um die Gesellschaft mit zu gestalten. In Frage steht daher, ob das Wahlrecht weiterhin an die Staatsbürgerschaft gekoppelt sein sollte.

https://beltz.de/politische-artikulation-von-zugewanderten/CAM46479

Forschungsverbund FoSS Sozialrecht Sozialpolitik Hochschule Fulda Universität Kassel

Newsletter

Ausgabe 1/26 | Juli 2026

FoSS-Beteiligte unterwegs

Ein Bericht von Prof. Dr. Wiebke Falk und Prof. Dr. Markus Schäfers

Zukunft der Eingliederungshilfe – Mitglieder der FoSS-AG Teilhabeforschung im Dialogprozess des Sozialministeriums NRW

Wie kann die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW befördert werden? Wie soll die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Zukunft gestaltet werden? Welche Rolle spielen besondere Wohnformen dabei? Wie können Menschen mit Behinderungen zukünftig stärker an Kultur- und Freizeitangeboten beteiligt werden? Mit diesen strategischen Fragen beschäftigt sich der „Zukunftsdialog Eingliederungshilfe“ nach Beschluss des Landtags NRW. Moderiert wird der Prozess vom DIFIS, dem Deutschen Institut für interdisziplinäre Sozialpolitikforschung.

Gleich zwei Mitglieder der AG Teilhabeforschung waren am 27. April 2026 zur Beratung nach Düsseldorf eingeladen: Wiebke Falk und Markus Schäfers von der Hochschule Fulda. In Kurzimpulsen zum Thema „soziale Teilhabe“ skizzierten sie das Bild von kleineren Wohneinheiten, Wohnverbünden mit flexiblerem Personaleinsatz und neuen Steuerungsinstrumenten, welche die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärken. Die Zukunftsbilder und Umsetzungsideen wurden mit Vertreter*innen von Leistungsträgern und Leistungserbringern, Interessenvertretung behinderter Menschen und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW intensiv diskutiert. Ziel des Dialogs soll die Entwicklung eines gemeinsames Zukunftsbild sein, das für die Eingliederungshilfe in NRW insgesamt Orientierung bietet, also für die verschiedenen beteiligten Akteure und über ihre unterschiedlichen Perspektiven hinweg.

Besondere Brisanz hat der Zukunftsdialog, weil auf Bundesebene erst kurz zuvor eine sog. „Vorschlagsliste“ publik geworden ist. Diese enthält Vorschläge, u a. auch vom Bundesland NRW, wie weitere Einsparungen in der Eingliederungshilfe erreicht werden können, um die kommunalen Haushalte finanziell zu entlasten. Darunter finden sich Ideen wie die Wiedereinführung des Mehrkostenvorbehalts beim Wohnen außerhalb besonderer Wohnformen.

Nach weiteren Beratungen über den Sommer 2026, u. a. zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Situation von Kindern und Jugendlichen, soll der Zukunftsdialog dabei helfen, die Eingliederungshilfe in NRW strategisch weiterzuentwickeln.

Prof. Dr. Wiebke Falk

Sprecherin der AG Teilhabeforschung

Professorin für Soziale Arbeit im Handlungsfeld Rehabilitation und Gesundheit, Schwerpunkt Menschen mit psychischer Erkrankung an der Hochschule Fulda

Prof. Dr. Markus Schäfers

Professor für Rehabilitation und Teilhabe im Sozialraumbezug am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda

Forschungsverbund fOSS Sozialrecht Sozialpolitik Hochschule Fulda Universität Kassel

Newsletter

Ausgabe 1/26 | Juli 2026

FoSS-Beteiligte im Fokus

Zwischen Disability Studies und Postkolonialität: Adressat:innenperspektiven auf Macht, Ausschluss und Empowerment in der Jugendhilfe

Seit Mai 2026 ist Naemi Buddruhs als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Behinderung, Inklusion und Soziale Teilhabe tätig. Ausgehend von dem Anspruch, Soziale Arbeit in ihrer Qualität weiterzuentwickeln und die wechselseitige Anschlussfähigkeit von Wissenschaft und Praxis zu stärken, ergänzte sie ihre langjährige sozialarbeiterische Praxis zunächst in Form eines Masterstudiums um den Aspekt der Forschungszentrierung. Die Entscheidung für die wissenschaftliche Mitarbeit ist basierend auf ihrem Verständnis von Forschung, welche um die Perspektiven und Nöte der sozialarbeiterischen Praxis weiß, diese anerkennt und zu ihren Grundlagen macht, nur folgerichtig.

Ihr von Prof. Dr. Marianne Hirschberg betreutes Promotionsvorhaben knüpft an Beobachtungen aus dem Alltag stationärer Jugendhilfen an: in ihrer Auseinandersetzung mit Behinderung, Migration bzw. Migrantisierung und Geschlecht erfahren Jugendliche häufig keine ausreichende pädagogische Begleitung. Insbesondere Diskriminierungserfahrungen werden dabei nicht selten dethematisiert, abgewehrt oder reproduziert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Differenzkonstruktionen und Machtverhältnisse in der stationären Jugendhilfe vertieft zu untersuchen und bestehende Forschungsarbeiten zu erweitern.

Theoretisch verortet sich das Projekt in einer Verschränkung von Disability Studies und postkolonialen Theorien. Im Zentrum steht die Analyse der Konstruktion von Behinderung, Race und Geschlecht sowie deren Einbettung in fortwirkende koloniale Wissensordnungen, in denen die Figur des „gesunden weißen Mannes“ als normative Referenz fungiert. Stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe nach § 34 SGB VIII werden dabei als institutionelle Kontexte untersucht, in denen sich gesellschaftliche Machtverhältnisse und Normalitätsordnungen in verdichteter Form zeigen. Die strukturelle Hierarchie zwischen Fachkräften, Jugendämtern und Adressat:innen sowie die routinisierte Praxis der Bewertung von Abweichung in Teamsitzungen, Übergaben und Hilfeplangesprächen lassen solche Einrichtungen als Brennglas gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Normalitätskonstruktionen wirken.

Das Forschungsdesign kombiniert ein Scoping Review zum Forschungsstand, narrative Interviews mit Adressat:innen zu Erfahrungen von Zuschreibung und Ausschluss sowie Fokusgruppen zur Analyse kollektiver Deutungsmuster von Zugehörigkeit, Diskriminierung und Empowerment in der stationären Jugendhilfe.

Damit leistet das Vorhaben einen Beitrag (1) zur Sichtbarmachung von Diskriminierungserfahrungen in der Sozialen Arbeit sowie (2) zur theoretischen Weiterentwicklung der Disability Studies durch ihre postkoloniale Erweiterung.

Naemi Buddruhs
Universität Kassel

Forschungsschwerpunkte: Disability Studies in Verschränkung mit postkolonialen Theorien sowie diskriminierungskritische Perspektiven auf Soziale Arbeit

Hinweis: Mitglied im Vorstand der LAG Mädchen*politik

Forschungsverbund fos Sozialrecht Sozialpolitik Hochschule Fulda Universität Kassel

Newsletter

Ausgabe 1/26 | Juli 2026

Blick in die Lehre

von Michelle Henes, Prof. Dr. Anne Walter und Prof. Dr. Axel Kokemoor

Neu seit Wintersemester 2025/26: Neue Variante Migration und Recht sowie duales Studium im LL.B. Sozialrecht der Hochschule Fulda

Der Studiengang Sozialrecht (LL. B.) an der Hochschule Fulda kann seit dem Wintersemester 2025/26 auch als duales Studium absolviert werden. Gleichzeitig wurde das Studienangebot um die bundesweit einzigartige Variante Migration und Recht erweitert. Für Absolvent:innen eröffnen sich durch die Weiterentwicklung des Studiengangs Sozialrecht nicht nur vielfältige berufliche Perspektiven, sondern auch attraktive Möglichkeiten der wissenschaftlichen Weiterqualifizierung. Der Bachelorabschluss ermöglicht den Zugang zu verschiedenen Masterprogrammen, darunter der gemeinsame Master Sozialrecht und Sozialwirtschaft (LL.M.) der Hochschule Fulda und der Universität Kassel sowie weitere Studiengänge mit sozial-, menschenrechts- oder migrationsbezogenen Schwerpunkten.

Studiengang Sozialrecht

Seit mehr als 20 Jahren qualifiziert der Studiengang Sozialrecht Studierende für vielfältige Tätigkeiten an der Schnittstelle von Recht und Sozialwissenschaften. Durch die Vermittlung rechtswissenschaftlicher, sozialwissenschaftlicher, ökonomischer und kommunikativer Kompetenzen werden Absolvent:innen gezielt auf verantwortungsvolle Aufgaben in der Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung vorbereitet. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Sozialjurist:innen unter anderem bei Sozialverbänden und Sozialbehörden, bei sozialen Diensten und Einrichtungen, Arbeitsagenturen, Kranken- und Pflegekassen, Renten- und Unfallversicherungsträgern, Gewerkschaften sowie in der Sozialpolitik tätig sind. Auch in der freien Wirtschaft, insbesondere im Personalbereich, eröffnen sich attraktive Einsatzmöglichkeiten.

Duales Studium

Eine zentrale Neuerung ist die Einführung des dualen Studienmodells. Anders als bei dem bestehenden Kooperationsmodell, bei dem die Zusammenarbeit vor allem zwischen Studierenden und Unternehmen erfolgt, basiert das duale Studium auf einer engen Partnerschaft zwischen Hochschule, Praxispartnern und Studierenden. Dieses Dreiecksmodell schafft einen verbindlichen Rahmen für die Verzahnung von Theorie und Praxis und ermöglicht eine langfristige Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Die Studierenden absolvieren ihre Lehrveranstaltungen an der Hochschule Fulda und sammeln praktische Erfahrungen bei ihrem Praxispartner. Dadurch können sie theoretische Inhalte schon während des Studiums in der Praxis anwenden und berufliche Kompetenzen kontinuierlich weiterentwickeln. Für die Praxispartner bietet das Modell die Möglichkeit, die Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften mitzugestalten und sie langfristig für die eigene Organisation zu gewinnen.

Fortsetzung auf Seite 6

Forschungsverbund FoSS Sozialrecht Sozialpolitik Hochschule Fulda Universität Kassel

Newsletter

Ausgabe 1/26 | Juli 2026

Fortsetzung von Seite 5

Blick in die Lehre

von Michelle Henes, Prof. Dr. Anne Walter und Prof. Dr. Axel Kokemoor

Neu seit Wintersemester 2025/26: Neue Variante Migration und Recht sowie duales Studium im LL.B. Sozialrecht der Hochschule Fulda

Neue Variante Migration und Recht

Die neue Variante vermittelt fundiertes Wissen über zentrale Themen unserer Migrationsgesellschaft von hoher wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Bedeutung. Ziel ist es, Fachkräfte für Tätigkeitsfelder auszubilden, in denen bereits heute ein erheblicher Bedarf an qualifiziertem Personal besteht. Dazu zählen staatliche Migrations- und Einbürgerungsbehörden, Welcome Center oder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Darüber hinaus eröffnen sich Beschäftigungsmöglichkeiten bei Verbänden und migrantischen Organisationen sowie auf den Bereich der Arbeitseinwanderung fokussierte Unternehmensberatungen. Weitere Einsatzmöglichkeiten bestehen bei Arbeitgebern, die mit Migrant:innen im sozialrechtlichen Kontext zu tun haben. Hierzu zählen Träger der freien Wohlfahrtspflege und deren Verbände, Jobcenter und Arbeitsagenturen, Sozialversicherungsträger sowie Landkreise und Städte.

Weitere Informationen zum **dualen Studium von Sozialrecht / Migration und Recht**

https://www.hs-fulda.de/studiengang/sozialrecht-dual-/-migration-und-recht

Weitere Informationen zum **Präsenz-Studium Sozialrecht / Migration und Recht**

https://www.hs-fulda.de/studiengang/sozialrecht-/-migration-und-recht

FoSS Beiträge auf dem Sozialpolitikblog des DIFIS

https://difis.org/blog/

DIFIS Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung
vernetzen · forschen · beraten

Dr. Franziska Anna Seidel [Universität Kassel]

Getrennt und verbunden: Familienleben über Grenzen hinweg

https://difis.org/blog/getrennt-und-verbunden-familienleben-ueber-grenzen-hinweg-198

Gesa Langhoop [Promotionszentrum Soziale Arbeit, Hochschule Fulda]

Politische Mikropraktiken in der Sozialen Arbeit

https://difis.org/blog/politische-mikropraktiken-in-der-sozialen-arbeit-201

Forschungsverbund FoSS Sozialrecht Sozialpolitik Hochschule Fulda Universität Kassel

Newsletter

Ausgabe 1/26 | Juli 2026

Aktuelle Publikationen

Positionspapier zur medizinischen Reha von Menschen mit bestehenden Beeinträchtigungen
unter Mitarbeit von Prof. Dr. Felix Welti und Christina Janßen (beide Universität Kassel)

https://www.reha-recht.de/infothek/beitrag/artikel/positionspapier-zur-medizinischen-reha-bestehenden-beeintraechtigungen

Die Umsetzung der UN –Behindertenrechtskonvention in Deutschland, Österreich und der Schweiz.
Ausblicke nach den Prüfungen der Staatenberichte
Michael Beyerlein, René Dittmann, Felix Welti (Hrsg.)

https://kobra.uni-kassel.de/items/cb2ec0b8-a8f7-4744-b8bc-9d16d8892804

WENN MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN ZUM (KOSTEN)PROBLEM GEMACHT WERDEN
Michael Beyerlein, Johann Behrens, Arne von Boetticher, Harry Fuchs, Katrin Grüber, Wolfhard Kohte, Katja Nebe, Thomas Stähler, Marcus Schian, Fabian Walling, Felix Welti

https://www.reha-recht.de/fileadmin/user_upload/RehaRecht/Infothek/Sonstige_Ver%C3%B6ffentlichungen/2026/RP_Reha_1_2026_AGRePol_weitgehend_bf.pdf

Sonstige Veröffentlichungen

Im Podcast und vor Gericht: Das Entgeltsystem in Werkstätten für behinderte Menschen
Podcast unter Mitwirkung von Prof. Dr. Felix Welti (Universität Kassel)

https://www.reha-recht.de/infothek/beitrag/artikel/im-podcast-und-vor-gericht-das-entgeltsystem-in-werkstaetten-fuer-behinderte-menschen

Save-The-Date

17./18. November 2026: FoSS-Winter-Werkstatt

Sozialstaat und Gesellschaft im Wandel. Doktorand:innen im Aufbruch: Neue Perspektiven auf Recht, Politik und soziale Gerechtigkeit

in Kooperation mit dem Verein zur Förderung von Forschung und Wissenstransfer in Sozialrecht und Sozialpolitik e.V., dem Promotionszentrum Soziale Arbeit und Cinteus

17. November 2026: 6. Verleihung des Nora-Platiel-Preises

Die Veranstaltungen finden im Hochschulzentrum Fulda Transfer (Heinrich-von-Bibra-Platz 1a. 36037 Fulda) statt. Anmeldungen bitte unter FoSS@hs-fulda.de.

Verein zur Förderung von Forschung und Wissenstransfer in Sozialrecht und Sozialpolitik e.V.